

Klima-Kapitalismus der EU

Klimaschutz als Wettbewerbspolitik

Die Europäische Union erklärt sich selbst zum Vorreiter in Sachen Klimaschutz. Doch der Schein trügt: Die angestrebte Entwicklung eines europäischen *Klima-Kapitalismus*, der klima-, wirtschafts- und sicherheitspolitische Interessen gleichermaßen bedienen will, entspricht mehr und mehr der Quadratur des Kreises¹. Die Reduktion der schädlichen Treibhausgase, die Anpassung an die bereits unvermeidbaren Folgen des Klimawandels, die Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und des wirtschaftlichen Wachstums und die Beibehaltung des westlichen Wohlstandsmodells sollen gleichermaßen erreicht werden. Dabei folgt die EU einem ökonomischen Primat, flankiert durch strategische Sicherheitsmaßnahmen.

Deutlich wird dies an zwei Strategiepapieren der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates. 1. Die Strategie der EU-Kommission zur Emissionsminderung vom Januar 2008 – „20 und 20 bis 2020: Chancen Europas im Klimawandel“ – zielt darauf ab, die Zukunftsvision eines anhaltenden volkswirtschaftlichen Wachstums mit sinkendem Kohlenstoffeinsatz zu entwerfen (EU-Kommission 2008a). Emissionsminderungen sollen durch mehr Effizienz, neue Technologien und marktwirtschaftliche Instrumente erreicht werden. Diese Maßnahmen werden mit der Erwartung an neue Exportchancen verknüpft, um gleichzeitig Europas Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Weltregionen zu erhalten und weiter auszubauen. Es geht also darum, Energie- und Klimapolitik zu versöhnen (Brunnengräber 2007). In dem Papier wird jedoch kein ernsthafter Umbau der Energiesysteme angestrebt, noch werden die mit den favorisierten Maßnahmen der EU verbundenen Folgekonflikte, vor allem in anderen Weltregionen, ernst genommen (Europäische Kommission 2008a, vgl. kritisch hierzu auch Wolf et al. 2008).

2. Das im Auftrag des Europäischen Parlaments verfasste Strategiepapier des EU-Außenbeauftragten Javier Solana setzt ergänzend dazu die sicherheitspolitischen Akzente. Die EU soll sich in einer Welt der wachsenden Sicherheitsbedrohungen durch Konflikte um Energierohstoffe, durch umweltbedingte Migrationswellen von Süd nach Nord oder durch Landverteilungskämpfe, die wesentlich durch den Klimawandel hervorgerufen wurden, neu positionieren. Unter dem Leitmotto „Klimawandel und Internationale Sicherheit“ sollen durch eine präventive Politik Kosten oder „negative“ Konsequenzen des Klimawandels für die EU vermieden, die Handelsbeziehungen ausgebaut und die Rohstoffquellen langfristig gesichert werden (Europäische Kommission 2008c). Auf diese Weise werden die Außen-, Handels-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zu den zentralen

Arenen des europäischen Engagements in der Energie- und Klimafrage. Aber die erheblichen Konflikte, die in der Verknüpfung von Emissionsreduzierung, des dynamischen Wirtschaftsraums und sicherheitspolitischer Anstrengungen angelegt sind lassen sich nicht leugnen. Ein Vergleich der Strategiepapiere mit den politischen Maßnahmen, die ergriffen bzw. nicht ergriffen werden, verdeutlicht, dass die Versöhnungsformel *Wachstum gleich Klimaschutz gleich Sicherheit* nicht aufgehen kann.

Wachstum geht vor Klimaschutz

Mit technologischen Entwicklungen, einem kohärenten Maßnahmenpaket, neuen unternehmerischen Möglichkeiten und Fairness will die Europäische Kommission (EK) eine nachhaltige, emissionsarme und modernisierte Wirtschaft kreieren. Ein wichtiger Schritt dahin und Mittel zum Zweck ist es, die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis zum Jahr 2020 zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch auf 20 Prozent zu steigern. Eine klimafreundliche Politik wird als wesentlicher Motor für Wachstum, Beschäftigung und eine wirtschaftliche Transformation angesehen. Das ist die Quintessenz des Strategiepapiers vom Januar 2008. Es geht der Kommission um nichts weniger, als das Europa von 2050 zu gestalten. Der Erfolg dieses Vorhabens wird aus ihrer Sicht nicht zuletzt davon abhängen, „wie respektvoll wir mit der Welt um uns herum umgehen“ (Europäische Kommission 2008a). Zu hinterfragen ist dabei nicht nur, wie sich die EU-Kommission die Ausgestaltung einer klimafreundlichen wie zugleich wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft vorstellt. Die im Strategiepapier deutlich werdende globale Dimension wirft auch die Frage auf, wie die EU-Strategie aus einer Nord-Süd-Perspektive zu bewerten ist.

Vordergründig könnte sich die Europäische Kommission auf den Standpunkt stellen, dass sich das Strategiepapier ja bewusst mit den Chancen Europas beschäftigt und nicht mit den Problemen der ganzen Welt. Aber nicht nur die Rolle der Europäischen Union als *global player* und ihre Vorreiterrolle, in der internationalen Klimapolitik, die für sich zu reklamieren sie nicht müde wird, nehmen die EU in die besondere Pflicht. Es sind auch die Details des Strategiepapiers selbst, die die Belange der Entwicklungsländer in erheblichem Maße berühren. Die von der EU angestrebte Wettbewerbsfähigkeit ist ohne die Ressourcen, die in anderen Weltregionen lagern, und ohne die globalen Absatzmärkte nicht zu erreichen (vgl. hierzu auch Altvater / Mahnkopf 2007). Darauf aber geht das Papier kaum ein.

Der Europäischen Union geht es zunächst darum, sich öffentlichkeitswirksam als Vorreiter und „Vorbild für nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert“ zu präsentieren: „die Einigung ... auf präzise, rechtsverbindliche Zielvorgaben symbolisiert die Entschlossenheit Europas“, Klima- und

Energiepolitik in Einklang zu bringen. Schon 2007 hat die EU bei den G8-Gesprächen in Heiligendamm oder bei den Klimaverhandlungen in Bali im Dezember angekündigt, dass sie bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen um 25–40 Prozent senken werde (im Vergleich zum Basisjahr 1990). Unterstützt wurde diese Ankündigung von der deutschen Bundesregierung, die ebenfalls eine Vorreiterrolle im Klimaschutz für sich beansprucht. Während Deutschland an einem „ehrgeizigen Klimaschutzplan“ arbeitet, mit dem die Emissionen bis 2020 sogar um 40 Prozent verringert werden sollen, musste die EU nach internen Streitereien ihr Reduktionsziel auf die erwähnten 20 Prozent bis zum Jahr 2020 nach unten korrigieren – verbunden mit der Ankündigung, doch noch auf 30 Prozent zu erhöhen, wenn andere Industrieländer mitziehen. Im gleichen Zeitraum soll der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch in der EU von 8.5 Prozent (2005) auf 20 Prozent (2020) ausgebaut werden.

Damit hat die EU ein durchaus ehrgeiziges Ziel formuliert, das letztlich, weil es dem Klima hilft, der ganzen Welt zugute kommen würde. Verlässt man aber die Welt der Zahlen, Prozentsätze und vollmundigen Versprechungen und wendet sich den polit-ökonomischen und sicherheitspolitischen Grundsätzen der EU zu, die auch die Strategiepapiere prägen, treten drei weltpolitische Interdependenzen aus dem Schatten der klimapolitischen Symbolpolitik: 1. die Wettbewerbslogik, 2. der Technologieglaube und 3. der Zugriff auf strategische Ressourcen der Entwicklungsländer. Damit sind Bereiche angesprochen, die so neu nicht sind. Sie bestimmen schon lange die gemeinsame Umwelt-, Handels- und Außenpolitik der Europäischen Union.

Klimapolitik ist Wettbewerbspolitik

Um den gesellschaftlichen, politischen wie wirtschaftlichen Risiken zu begegnen, die mit der Energieversorgung auf der einen und dem Klimawandel auf der anderen Seite verbunden sind, will die EU „nachhaltige, sichere und wettbewerbsfähige Energie bereitstellen“. Eine „neue industrielle Revolution“ soll in Gang gesetzt werden, um kohlenstoffarmes Wachstum voranzutreiben, die eigene Energieproduktion drastisch zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit zu maximieren (Europäische Kommission 2007). Auch in der EU-Strategie von 2008 wird unmissverständlich formuliert, dass es ganz zentral darum geht, das „Wohlergehen der europäischen Wirtschaft“ zu schützen. Dies wird notwendig, weil bereits heute eine wachsende Konkurrenz um den Zugang zu fossilen Energieträgern, ein weltweiter Preisanstieg für Öl, Kohle und Gas sowie wirtschaftliche Einbußen durch die Auswirkungen des Klimawandels für erhebliche weltpolitische Konflikte sorgen. Als Antwort darauf will die EU-Kommission bei der Schaffung einer „Volkswirtschaft mit geringem Kohlenstoff-einsatz und hoher Energieeffizienz“ voranschreiten.

Damit wird aber keinesfalls eine „revolutionäre“ Umwandlung der Energiesysteme eingeleitet. Denn „fossile Kraftstoffe werden auch in den kommenden Jahrzehnten die wichtigste Energiequelle weltweit bleiben“. Es wird auch weiterhin auf „Kohlevorkommen zurückgegriffen werden müssen“ und auch die Kernenergie wird – je nach Ermessen der Mitgliedsstaaten – ihren Anteil zum Energiemix leisten. Solche Formulierungen deuten auf alles andere als auf eine Klimaschutzfreundliche Wirtschaftsweise hin. In dem Strategiepapier werden weder Fragen der Endlichkeit noch der geostrategischen Konflikthaftigkeit fossiler Energieträger und schon gar nicht die Konsequenzen einer solchen Politik für den globalen Anstieg der CO₂-Emissionen analysiert. Denn es ist nicht ausgemacht, ob wenigstens der steigende Bedarf an fossilen Energien in der EU durch den Ausbau erneuerbarer Energien kompensiert werden kann. Im Jahr 2005 importierten die Mitgliedstaaten 57 Prozent ihres Erdgas- und 82 Prozent ihres Erdölbedarfs; für das Jahr 2030 rechnet die Europäische Kommission sogar mit 84 beziehungsweise 93 Prozent (Europäische Kommission 2007).

Wesentlicher erscheint in dem Strategiepapier, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Notwendigkeit, die Abhängigkeit vom Import fossiler Energien zu verringern, als „Katalysator für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft“ genutzt werden sollen. Hohe Energiepreise führen zur Entwicklung neuer und effizienter Technologien. Ein frühzeitiges Reagieren auf diese Situation ist dann nicht nur mit *first mover advantages* verbunden, sondern sichert langfristig einen globalen Wettbewerbsvorsprung. Es geht in der EU-Vorreiterpolitik also keinesfalls um einen Ausgleich in den ungleichen Weltwirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, um den Abbau von klimaschädlichen Handelsbeziehungen oder der bestehenden globalen Energieketten noch um einen Abbau sozial ungleich verteilter Auswirkungen ökologischer Konflikte, sondern um die Positionierung der EU in der globalen Konkurrenz.

Naturbeherrschung durch neue Technologien und Märkte – der Emissionshandel

Mit einigem Recht darf nun gefragt werden, wie die EU ihre anspruchsvollen Reduktionsziele realisieren will. Über die konkreten Maßnahmen findet sich in dem Strategiepapier wenig. An einer Stelle wird auf die Kennzeichnungspflicht sparsamer elektronischer Geräte hingewiesen, an vielen anderen Stellen auf die Bedeutung von Energieeffizienz. Ausführlicher wird dafür die Technologie der Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) behandelt. Allerdings bleibt unerwähnt, dass damit erhebliche Unsicherheiten verbunden sind und diese Technologie, wenn überhaupt, erst in zehn bis fünfzehn Jahren verfügbar sein wird. Doch die „20 und 20 bis 2020“-Strategie der Europäischen Kommission steht ohne die Ablagerung von CO₂ auf tönernen Füßen, wo

doch fossilbefeuerte Kohlekraftwerke für die Energiegewinnung in Zukunft eine noch größere Bedeutung spielen sollen.

Mit der Entwicklung der neuen Technologie könnte die EU zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die eigenen Kohlevorräte ließen sich so klimaverträglich nutzen, und die Technologie könnte an andere Ländern gewinnbringend verkauft werden. Bereits jetzt wird europaweit die Einrichtung von 12 Demonstrationsanlagen bis 2015 gefördert (EU-Kommission 2008a). Dabei wird nicht in Erwägung gezogen, dass jede Investition in die neuen Technologien das fossile Energieregime über Jahrzehnte verlängern und das Umschwenken auf den Pfad erneuerbarer Energien für lange Zeit sogar verhindern wird. Zudem würden vor allem im Falle der Entwicklungsländer die bestehenden Strukturen der Abhängigkeit von Technologie-Importen reproduziert.

Neben der Technologie-Entwicklung liegt das Hauptaugenmerk auf der Weiterentwicklung und -nutzung der Marktinstrumente im Rahmen des Kyoto-Protokolls. Das Strategiepapier „20 und 20“ hebt die „positiven Erfahrungen“ mit dem Emissionshandel (EH) und dem Mechanismus für saubere Entwicklung (dem sog. Clean Development Mechanism, CDM) hervor, ohne die bisherigen Probleme zu thematisieren. Aus Sicht des für Umwelt zuständigen Kommissionsmitglied, Stavros Dimas, zeigt der Emissionshandel „unseren weltweiten Partnern, dass ein engagierter Einsatz für den Klimaschutz mit anhaltendem Wirtschaftswachstum und Wohlstand vereinbar ist“.

Denn genau darauf zielt der Emissionshandel ab: Indem Unternehmen mit den CO₂-Zertifikaten handeln können, soll ihnen der größtmögliche Handlungsspielraum gelassen und gleichzeitig ein Anreiz zu Innovationen gegeben werden. Wer emissionsarme Technologien entwickelt oder seine Produktion darauf umstellt, kann seine überschüssigen Verschmutzungsrechte verkaufen und damit Kosten einsparen und sogar noch Einnahmen generieren. Wer die Ziele nicht erreicht, muss deshalb nicht den Betrieb einstellen oder mit Sanktionen rechnen, sondern kann sich die fehlenden Zertifikate hinzukaufen – Reduktionsmaßnahmen sollen also dort stattfinden, wo sie kostengünstig realisiert werden können.

In der Praxis steht der Beweis für die Lenkungswirkung des Emissionshandels als probates Mittel zur CO₂-Reduzierung aber noch aus: In der ersten Phase des europäischen Emissionshandelssystems, die im Januar 2005 begann, wurden die Verschmutzungsrechte an die teilnehmenden Energieerzeuger und Industrieunternehmen komplett kostenfrei und in so großen Mengen ausgegeben, dass ihr Preis dramatisch fiel und der Anreiz zur Emissionsminderung gleich null war. Die EU-Kommission hat als Grundproblem erkannt, dass im nationalen Rahmen die verschiedenen Wirtschaftszweige zuviel Verhandlungsmacht besitzen, und fordert daher in ihrem Strategiepapier eine koordinierte europäische Vergabe der Zertifikate (Europäische Kommission 2008a).

Tatsächlich sind aber bereits im August 2007 ein Gesetz und eine Verordnung in Kraft getreten, mit denen die Zuteilung der Emissionsrechte für die Handelsperiode von 2008 bis 2012 in Deutschland geregelt wird – im nationalen Rahmen. Die darin enthaltenen Planungen der Bundesregierung stellen ein Erreichen der Klimaschutz-Ziele in Frage. Zwar orientiert sich die Zuteilung an den durch das Kyoto-Protokoll vorgegebenen Reduktionszielen: Es ist vorgesehen, die zuteilbaren Emissionsberechtigungen in den Jahren 2008-2012 auf 453.07 Mio. pro Jahr zu begrenzen. Verglichen mit den realen Emissionen der Jahre 2000-2002 bedeutet dies wenigstens eine Minderung von 6,7 Prozent. Von Jahr zu Jahr gerechnet müssen die Anlagen im Schnitt aber nur ca. 0.7 Prozent CO₂ einsparen (Brouns / Witt 2008). Und auch dieses Ergebnis wird noch durch zahlreiche Ausnahmeregelungen und die Möglichkeit zum Zukauf von Emissionsrechten aus den anderen flexiblen Mechanismen, wie dem Clean Development Mechanism (CDM), verwässert.

Am Beispiel des deutschen Zertifikatsystems lässt sich die Problematik der Zukaufsmöglichkeit verdeutlichen. Bislang können die zur Reduzierung von CO₂-Emissionen verpflichteten Unternehmen bis zu 22 Prozent der Emissionsrechte, die sie am Ende der Handelsperiode vorweisen müssen, aus den beiden flexiblen Mechanismen Clean Development Mechanism und Joint Implementation decken; das entspricht einer absoluten CO₂-Menge von 90 Mt. Um den Sollwert von ca. 453 Mt CO₂-Ausstoß insgesamt in Deutschland für die Jahre 2008-2012 pro Jahr zu erreichen, ist eine Reduktion vom gegenwärtigen Stand (ca. 489 Mt.) um ca. 36 Mt erforderlich. Mit den bisher erlaubten Emissionsrechten in Höhe von 90 Mt aus CDM/JI Projekten wäre dies also ohne eigene Reduktionsanstrengungen zu erreichen - laut EU-Vorschlag soll diese Quote sogar noch einmal erhöht werden.

Aus einer rein mathematischen Perspektive ist das kein Problem: Wenn statt in Europa in einem Entwicklungsland die Emissionen reduziert werden, wie das durch den flexiblen Mechanismus CDM vorgesehen ist, hat das auf die globale Emissionsbilanz die gleiche Auswirkung. Die Zielländer könnten sogar von den damit verbundenen Investitionen aus den Industrieländern in eine nachhaltige Entwicklung profitieren.² In der Praxis aber geht der Ablasshandel (vgl. Altvater / Brunnengräber 2008) bisher nicht auf, wie eine Studie des Öko-Institutes unterstreicht: Am problematischsten ist, dass in vielen Fällen nicht nachgewiesen werden kann, ob das Kriterium der Zusätzlichkeit erfüllt ist, ob also wirklich Emissionen vermieden werden (Öko-Institut 2007). Ist das nicht der Fall, steigen die Emissionen global gesehen sogar an, weil die Industrieländer eigene Anstrengungen umgehen können.

Zudem wird mehr als ein Drittel der handelbaren Zertifikate mit sogenannten *end-of-pipe* Technologien generiert statt durch Investitionen etwa in erneuerbare Energien. Besonders paradox ist die Generierung von

CO₂-Zertifikaten bei HFC-23 Projekten: Das Gas, das bei der Herstellung von Kühlmitteln anfällt, hat ein hohes „Global Warming“-Potential und ist somit ein extremer Klima-Killer. Durch die Verbrennung dieses Gases lassen sich viele Emissionszertifikate schnell und kostengünstig generieren. Das weckt Begehrlichkeiten: Es besteht die Gefahr, dass über das Kyoto-Instrument der ökonomische Anreiz zur Produktion von Klimakillern erst geschaffen wird, um diese dann nachträglich – profitabel – zu entsorgen.

Wachstumsmodell des Nordens und Nachhaltigkeit im Süden

Auch die räumliche Verteilung der CDM-Maßnahmen ist für die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Mechanismus verantwortlich. Denn neben der kostengünstigen Emissionsminderung enthält der Mechanismus als zweites und gleichberechtigtes Ziel, nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu finanzieren. Über 90 Prozent der handelbaren Zertifikate im Bereich CDM kommt aber aus Indien, China, Süd-Korea und Brasilien. Die Menschen in den meisten ländlichen Regionen Afrikas, Lateinamerikas und Asiens profitieren folglich nur zu einem verschwindend geringen Anteil von den CDM-Investitionen der Industrieländer. Die nachhaltige Transformation von Energiesystemen oder die Reduzierung der weltweiten „Energiearmut“ durch den Ausbau dezentraler erneuerbarer Versorgungssysteme bleibt beim CDM komplett außen vor. Investitionen, die in erneuerbare Energien getätigt werden, fließen primär in großangelegte Staudammprojekte. Diese und andere CDM-Maßnahmen, wie z.B. Aufforstungsprojekte in Form von Monokulturen oder die Förderung genetisch veränderter Reissorten, die weniger klimaschädliche Stickstoffdünger benötigen, produzieren neue lokal-regionale Konfliktlagen, die in den Kohlenstoffbuchungen des Nordens nicht erfasst werden.

Eine Ausweitung und Fortführung des CDM unter den gegebenen Umständen nützt also weder dem Klima noch den Bevölkerungsgruppen, die weltweit aufgrund ungleicher Verteilungsmechanismen und politischer Machtasymmetrien von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen und gleichzeitig vom Zugang zu Energieversorgungssystemen ausgeschlossen sind. Umgekehrt trägt das Instrument aber dazu bei, das Wachstumsmodell des Nordens zu stützen. Das ist der Grund, warum Deutschland und die EU die angestrebte Ausweitung des CDM zur angeblichen Förderung nachhaltiger Entwicklung im globalen Maßstab unterstützen – ohne die bisherigen Probleme und Konflikte mit den Mechanismen zu thematisieren (vgl. Wuppertal Institut 2008).

Ähnliche Konfliktlagen deuten sich auch bei der Nutzung von Agro-Kraftstoffen an. Diese stellen aus Sicht der Europäischen Kommission „auf absehbare Zeit die einzige realistische Kraftstoff-Alternative“ dar, weshalb ihre „umweltpolitische Nachhaltigkeit mit festen Wachstumskriterien gefördert werden muss“ (Europäische Kommission 2008a). Die angestrebte

Zielmarge liegt bei 10 Prozent bis 2010. Schon seit längerem warnen aber Vertreter von Wissenschaft und Zivilgesellschaft davor, dass *erstens* die Beimischung von Kraftstoffen gar nicht zur Reduzierung der CO₂-Emissionen führt, berücksichtigt man den kompletten Lebenszyklus der Treibstoffe vom Anbau über die Produktion bis zum Transport (Bensmann 2007, Biofuelwatch et al. 2007); *zweitens* kann der massenhafte Anbau in Monokulturen verheerende ökologische Folgen haben und zu sozialen Problemen wie Landvertreibung und Verlust von Anbauflächen für die Subsistenzwirtschaft führen (Patzek / Pimentel 2006; Patzek 2006); und *drittens* können durch die weltweit steigende Nachfrage nach den Pflanzen für die Agrosprit-Produktion die Grundnahrungsmittelpreise in die Höhe getrieben werden (Fritz 2007, FAO 2007). Erst nachdem seit April diesen Jahres weltweit Versorgungsengpässe bei den Grundnahrungsmitteln auf die Probleme aufmerksam machen, beginnt auch die EU ihre Förderung der Treibstoffe zu überdenken.

Ökonomische Sicherheiten

Wurde im Rahmen der Klimapolitik lange Zeit vor allem das Ziel der Emissionsreduktion verfolgt, wird mittlerweile auch der Anpassungspolitik ein höherer Stellenwert beigemessen. Sie ist erforderlich, weil klimatische Veränderungen auch bei einer konsequenten Senkung der globalen Emissionsmengen für die Zeit bis 2050 nicht mehr verhindert werden können. In den vergangenen Jahren lag dabei der Schwerpunkt in der internationalen wie in der europäischen Debatte auf Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Besonders die auch unabhängig vom Klimawandel bereits sozioökonomisch benachteiligten Bevölkerungsschichten gelten als besonders betroffen von klimatischen Veränderungen.

In den vergangenen zwei Jahren widmeten sich sowohl die EU als auch die deutsche Bundesregierung aber verstärkt den Herausforderungen durch die Folgen des Klimawandels für die eigenen Bevölkerungen und Volkswirtschaften. Der bisherige humanitäre Anspruch, unter dem Leitbild der Klimagerechtigkeit und der *human security* thematisiert, wird zunehmend von einem sicherheitspolitischen Diskurs überlagert, der im Klimawandel eine Sicherheitsbedrohung für Europa und die ganze Welt sieht (WBGU 2007). Dabei wird von der EU nachgeholt, was in einer Pentagonstudie schon 2003 thematisiert worden ist (vgl. Schwartz / Randall 2003). Unter dem programmatischen Titel „Klimawandel und internationale Sicherheit“ werden die zu erwartenden Konsequenzen des Klimawandels auf verschiedene Sektoren und Weltregionen thematisiert, immer ausgehend von der Frage, „welche Konsequenzen sich daraus für Europas eigene Sicherheit ergeben“ (Europäische Kommission 2008c). In Frage gestellt werden könnte etwa die Energiesicherheit Europas: „Da zu den Nachbarn der EU

einige der am stärksten durch den Klimawandel gefährdeten Regionen gehören, wie etwa Nordafrika und der Nahe und Mittlere Osten, könnten sich der Migrationsdruck an den Grenzen der Europäischen Union sowie die politische Instabilität und die Konflikte in den betreffenden Regionen in Zukunft verstärken. Dies könnte sich auch in erheblichem Maße auf unsere Energieversorgungsrouten auswirken“ (ebd.).

Auf der einen Seite werden neue oder sich verschärfende Bedrohungslagen durch umweltbedingte „Migrationsströme“ von Süd nach Nord, also soziale Probleme identifiziert. Schwache oder „fragile“ Staaten, politische Instabilitäten in den europäischen Nachbarregionen und die „zusätzlichen Migrationsbelastungen“ könnten verhindern, dass die Wettbewerbs- und Wachstumsziele der EU erreicht werden. Zudem skizziert das Papier Gefahren für die bestehenden Wirtschaftsbeziehungen, etwa durch klimabedingte Probleme in den bedeutenden Partnerregionen Südasiens. Zudem werden potenzielle Konkurrenz-Szenarien entwickelt und daraus die Forderung nach einer neuen Politik der EU abgeleitet, wie etwa hinsichtlich der neu erschliessbaren Ressourcen in der geostrategisch bedeutsamen Arktisregion.

Die ökonomische und militärische Sicherheit Deutschlands und Europas soll deshalb – geht es nach den Einschätzungen von Javier Solana – nicht nur an den europäischen Außengrenzen gewährleistet und verteidigt werden, sondern überall dort, wo sie weltweit bedroht sind. Das Solana-Papier ist damit die deutliche Artikulation schon länger bestehender europäischer Interessen, in die nun die Klimastrategie der EU integriert werden soll. Mit dem neuen Strategiepapier wird die ökonomische Sicherheit Europas als zentrale Kategorie für das globale Engagement in den Vordergrund gestellt. Hier zeigt sich deutlich die Konvergenz mit dem 20/20-Papier der EU zur Minderung der Emissionen.

Auch in dem Solana-Papier bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, mit welchen Maßnahmen denn das Ziel, hier die Sicherheit, gewährleistet werden kann. Die vorgeschlagenen Maßnahmen – in erster Linie vorbereitende und präventive Schritte wie Forschung, Analyse, Überwachung und Frühwarnsysteme - erscheinen äußerst schwach vor dem Hintergrund der zuvor in dem Papier skizzierten Bedrohungslagen: „Die Überwachung und die Frühwarnung müssen sich in besonderen Situationen staatlicher Fragilität und politischer Radikalisierung auf Spannungen um Rohstoffe und die Energieversorgung, auf ökologische und sozioökonomische Belastungen, auf Bedrohungen für kritische Infrastrukturen und Wirtschaftsgüter, auf Grenzstreitigkeiten, auf die Auswirkungen hinsichtlich der Menschenrechte und auf potenzielle Migrationsbewegungen erstrecken.“ Was aber folgt auf eine frühe Warnung? Es ist zu vermuten, dass die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels bzw. die damit verbunden von Interessen geleitete und ökonomische Auslegung von Sicherheit in der Zukunft nicht geringen Einfluss auf die regionalen Strategien

der EU – wie den Barcelona-Prozess oder die Europäische Nachbarschaftspolitik – und auf die Ausrichtung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU haben wird.

Reale Alternativen oder: „Leave the Oil in the Soil“

Die Ziele entschlossener Energie-, Klima- und Sicherheitspolitik und damit verbunden die Entwicklung einer auf Wachstum zielenden und konkurrenzfähigen Wirtschaftszone sind aus Sicht der EU keine Widersprüche – vielmehr werden die Ziele strategisch unter dem Primat der Ökonomie integriert. Die „20 und 20 bis 2020“-Strategie ist, wie viele vorgehende Strategiepapiere, zugeschnitten auf wirtschaftliche Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in den Mitgliedsstaaten. Dazu dienen technologische Innovationen im Bereich der Kohlenstoffspeicherung und Kraftstoffentwicklung auf der einen Seite und Ausweitungen der Marktmechanismen im Bereich Emissionsreduzierungen auf der anderen Seite. So schafft die EU-Kommission die Grundlagen für einen Klima-Kapitalismus, ohne die Vorzüge eines fossilen kapitalistischen Gesellschaftssystems aufgeben zu müssen. Treten dennoch unerwartet große Probleme auf (Migrationsdruck, Lieferausfälle, Instabilitäten), muss die EU auch militärisch gewappnet sein.

Der Klimawandel wird so zum Argument für den Ausbau und die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die weltpolitische Schieflage zwischen rohstoffreichem Süden und industrialisiertem Norden aber bleibt bestehen: Entwicklungs- und vor allem Schwellenländer werden als Lieferanten von strategischen Rohstoffen und billigen CO₂-Zertifikaten und darüber hinaus als Importeur europäischer Technologien im Bereich erneuerbare Energien und „kohlenstoffarmer“ Kraftwerke angesehen.

Volkswirtschaftliche Prosperität und eine weiße Weste als Vorreiter beim Klimaschutz schließen sich also nicht aus – zumindest aus Sicht der EU. Die Vorreiterrolle der EU in der Klimapolitik sollte daher auch nicht als Abkehr vom bisherigen Wachstums- und Energiesystem missverstanden werden. Wie ein wirklicher Schritt in diese Richtung aussehen könnte, formulierte Ende 2007 der Präsident Ecuadors, Rafael Correa. Im Yasuní National Park (Ecuador) befinden sich große unerschlossene Ölreserven, die dann in ihren Lagerstätten bleiben sollen, wenn die internationale Gemeinschaft dem ecuadorianischen Staat dafür eine finanzielle Kompensation leistet. Diese Forderung wird von den Waorani und anderen indigenen Gruppen, die in diesem Gebiet leben, unterstützt. Das Öl würde nicht inwertgesetzt, die Ölgesellschaften hätten keinen Zugriff darauf und erhebliche CO₂-Emissionen würden so vermieden (zu alternativen Perspektiven auf Klimawandel und Klimapolitik vgl. auch Brunnengraber et al. 2008).

Es wäre interessant zu erfahren, wie sich die Europäische Kommission

gegenüber einem solchen Vorschlag verhält. Vielleicht würde sie ihn sogar unterstützen. Die grundsätzliche Bedeutung, die die EU den fossilen Energien, der Energiesicherheit und niedrigen Energiepreisen beimisst, würde sich dadurch zwar noch nicht ändern – es könnte aber ein Schritt dazu sein, ernsthaft über Alternativen nachzudenken.

Anmerkungen

- 1 Eine Kurzfassung dieses Textes ist unter dem Titel „Der europäische Klima-Kapitalismus“ im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E) 03-04 2008 erschienen (s. Wolf et al. 2008).
- 2 Im Rahmen des CDM können Industrieländer mit Reduktions-Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll Projekte in Entwicklungsländern finanzieren, mit denen dort Emissionen vermieden werden. Die erreichte Reduktion können sie – bzw. einzelne Wirtschaftssektoren oder Unternehmen in diesen Ländern – ihrem eigenen Emissionskonto gutschreiben. Nachgewiesen werden muss für die Anerkennung von CDM-Maßnahmen neben der Emissionsreduzierung vor allem die Zusätzlichkeit: Die Realisierung des Projektes muss von der Finanzierung durch den CDM abhängen und darf nicht ohnehin geplant gewesen sein.

Literatur

- Altwater, Elmar / Brunnengräber, Achim (Hrsg.), 2008: Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg (i.E.)
- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 2007: Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt. Münster
- Bensmann, Martin, 2007: Biokraftstoffe – Sauber, aber nicht rein. In: Neue Energie 9/2007, 68-72
- Biofuelwatch et al., 2007: Agrofuels. Towards a reality check in nine key areas; <http://www.corporateeurope.org>, 27.9.2007
- Brouns, Bernd / Witt, Uwe, 2008: Klimaschutz als Gelddruckmaschine. In: Altwater, Elmar; Brunnengräber, Achim (Hrsg.), 2008: Ablasshandel gegen Klimawandel? Marktbasierende Instrumente in der globalen Klimapolitik und ihre Alternativen. Hamburg (i.E.)
- Brunnengräber, Achim / Dietz, Kristina / Hirschl, Bernd / Walk, Heike / Weber, Melanie, 2008: Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik. Münster (i.E.)
- Brunnengräber, Achim, 2007: Energiesicherheit vor Klimaschutz. In: Melber, Henning; WilB, Cornelia (Hrsg.), 2007: G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird, Frankfurt am Main, 113-123
- Europäische Kommission, 2007: Eine Energiepolitik für Europa; KOM(2007)1; <http://ec.europa.eu>
- Europäische Kommission, 2008a: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: 20 und 20 bis 2020. Chancen Europas im Klimawandel. KOM(2008)30, Brüssel, 23.1.2008
- Europäische Kommission, 2008b: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Brüssel, 23.1.2008
- Europäische Kommission, 2008c: Klimawandel und internationale Sicherheit. Papier des Hohen Vertreters und der Europäischen Kommission für den Europäischen Rat, S113/08, Brüssel, 14.3.2008

- FAO, 2007: Food Outlook, Nr. 1, Rom
- Fritz, Thomas, 2007: Das Grüne Gold. Welthandel mit Bioenergie – Märkte, Macht und Monopole. Berlin: FDCL
- Öko-Institut, 2007: Is the CDM fulfilling its environmental and sustainable development objectives? An evaluation of the CDM and options for improvement, Freiburg
- Patzek, Ted, 2006: The Real Biofuel Cycles. University of California: Berkeley
- Patzek, Ted / Pimentel, David, 2006: Green Plants, Fossil Fuels, and Now Biofuels. Bio Science 87
- Schwartz, Peter / Randall, Doug, 2003: An Abrupt Climate Change Scenario and its Implications for United States National Security. Pentagon, Global Business Network: 22
- WBGU, 2007: Welt im Wandel: Sicherheitsrisiko Klimawandel. Studie des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Berlin
- Wuppertal Institut, 2008: JIKO Info 2/08. Newsletter des Projekts „JIKO-Entwicklungsphase 2007-2009“, Wuppertal
- Wolf, Simon / Dietz, Kristina; Brunnengräber, Achim, 2008: Der europäische Klima-Kapitalismus. Umstrittenes Klima- und Energiepaket. In: W & E 03-04/2008, 4-5



544 S., ISBN 978-3-88619-438-4
150 CHF, Subs. 116 CHF (UVP)

Marx' »ökologischer Imperativ«

»Jenseits von lähmendem Katastrophismus wären im Sinne einer »revolutionären Klima-Realpolitik« Reformen zu konzipieren, die im Hier und Jetzt des Alltags ansetzen und über die kapitalistische Profitlogik hinausweisen.« Etliche Begriffe in HKWM-Band 7/I machen aktuell Schlagzeilen, *Klima* nicht weniger als *Kapitalentwertung* oder *Klonen*. Aber auch klassische Stichwörter eröffnen neue Diskurse, z.B. *Klassen*, *Kampf*, *Klientelismus*, *Kalvinismus*, *Ketzertum*, *Klerikalfaschismus*, auch *Kinder*, *Kinderläden*, *Kindesmissbrauch* und *Kinderarbeit*, bis hin zu *Kafkaeskem*, *Kitsch*, *Kibbutz* und *Karikatur*.

Im Buchhandel oder beim Argument-Versand: Reichenberger Straße 150
D-10999 Berlin · Fax: +49 30 611 42 70 · versand-argument@t-online.de

